

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

9. – 15. September 2023

Die Abgeordneten der Partei Les Républicains haben am 12. und 13. September in Saint-Malo bei den Parlamentariertagen der Fraktion unter dem Vorsitz von Olivier Marleix die zweite Jahreshälfte vorbereitet. Nach den Spaltungen über die Rentenreform rief der Fraktionsvorsitzenden Marleix die Fraktion zur Einheit auf. Im Zentrum der derzeitigen Diskussionen innerhalb der Fraktion steht die Frage, wie sich die Abgeordneten im Rahmen der geplanten Einwanderungsreform verhalten werden und ob im Fall der Anwendung der Verfassungsklausel 49.3 durch die Regierung ein Misstrauensantrag gestellt werden soll.

Die neukaledonischen Delegationen der Unabhängigkeitsbewegung und der Unabhängigkeitsgegner wurden am 8. September - zum ersten Mal seit 2019 - im Innenministerium und im Elyséepalast empfangen um über die institutionelle Zukunft Neukaledoniens zu diskutieren. Ziel ist die Etablierung eines Projekts für den Ausstieg aus dem Abkommen von Nouméa. Der Plan sieht eine Modernisierung der Institutionen Neukaledoniens vor, so soll die Kompetenzverteilung zwischen den drei Provinzen und der Regierung reformiert werden. Neukaledonien bleibt Französisch, soll jedoch eine Verfassungsklausel erhalten, die die gleichzeitige Beibehaltung einer neukaledonischen Staatsbürgerschaft vorsieht. Die wichtigste Partei der Unabhängigkeitsbewegung setzte die Gespräche mit dem Staat am 14. September vorerst aus.

Wirtschaftsminister Bruno Le Maire hat am 13. September an einer Kabinettsitzung in Berlin teilgenommen. Le Maire bekräftigte den Wunsch nach einer französisch-deutschen Industriestrategie, damit Europa im Wettbewerb mit China und den USA bestehen könne. Dazu zähle auch eine „dekarbonisierte Energie zu einem akzeptablen Preis für alle EU-Mitglieder“, sagte Le Maire in Anspielung auf den deutsch-französischen Dauerstreit um die Einstufung französischer Atomenergie. Die gegenseitigen Kabinettsbesuche haben beide Länder im Aachener Vertrag 2019 festgelegt. Zuletzt hatte Bundesaußenministerin Annalena Baerbock im Mai an einer Kabinettsitzung im Elysée teilgenommen.

Nach den nächsten Europawahlen im Juni 2024 wird Frankreich 81 statt wie bisher 79 gewählte Abgeordnete haben. Es handelt sich um eine Folge des Brexit, aber auch der demografischen Entwicklungen in Europa. Das Europäische Parlament hat am 13. September über die neue Sitzverteilung abgestimmt.

Die in Gabun stationierten französischen Streitkräfte haben ihre Arbeit wiederaufgenommen, wie das französische Verteidigungsministerium am 11. September, mitteilte. Verteidigungsminister Sébastien Lecornu betonte in einer Stellungnahme, dass zwischen dem Staatsstreich in Gabun und dem am 26. Juli in Niger stattgefundenen Putsch klar unterschieden werden muss: „Die Situation in Niger, wo illegitime Militärs einen rechtmäßig gewählten Präsidenten abgesetzt haben, kann nicht mit der in Gabun gleichgesetzt werden, wo das Militär als Motiv für den Putsch die Nichteinhaltung des Wahlgesetzes und der Verfassung angibt“, so Lecornu.

Nach dem G20-Gipfel in Neu Delhi bekräftigte Präsident Macron seine harte Haltung gegenüber der Junta, die in Niger die Macht übernommen hat. „Wenn wir unser Streitkräfte umlegen, werde ich das nur auf Wunsch von Präsident Bazoum und in Abstimmung mit ihm tun“, sagte der Staatschef in Bezug auf die französische Militärpräsenz, die im Rahmen des Anti-Jihad-Kampfes in der Sahelzone rund 1500 Soldaten im Land zählt.

Das französische Außenministerium hat am 14. September, die Freilassung des in Niger festgehaltenen Beraters der Auslandsfranzosen (ein Vertreter der im Ausland lebenden Personen bei Botschaften und Konsulaten), Stéphane Jullien, bekanntgegeben. Stéphane Jullien war am 8. September von nigrischen Sicherheitskräften festgenommen worden.

Emmanuel Macron hat am 13. September Faustin-Archange Touadéra im Élysée-Palast empfangen. Der zentralafrikanische Präsident machte einen Abstecher nach Paris, bevor er zu einem internationalen Treffen nach Kuba und anschließend zur Generalversammlung der Vereinten Nationen nach New York reiste. Nach mehreren Jahren des Zerwürfnisses ist dieses Gespräch ein weiterer Schritt zur Entspannung zwischen den beiden Ländern. Die Beziehungen zwischen Paris und Bangui sind seit dem Einzug der russischen Wagner-Miliz in der Zentralafrikanischen Republik im Jahr 2018 angespannt.

Der Landwirtschaftssektor wird im nächsten Staatshaushalt eine Milliarde Euro mehr erhalten. Die zusätzliche Summe wird zu den rund 5,9 Milliarden Euro des französischen Agrarhaushalts im Jahr 2023 hinzukommen, was einem Anstieg um rund 15 % entspricht. Die Regierung sieht die Einrichtung eines „Fonds für Ernährungssouveränität und ökologischen Übergang“ vor, der dazu dienen soll, „den landwirtschaftlichen Betrieben zu ermöglichen, ihr Wirtschaftsmodell lokal an die Anforderungen der Dekarbonisierung der Entwicklung der Produktion erneuerbarer Energien oder der Anpassung an den Klimawandel anzupassen“, so das Landwirtschaftsministerium.

TotalEnergies am 11. September angekündigt, die Obergrenze von 1,99 Euro für Kraftstoffe zu verlängern. Die Obergrenze wird für die 3400 Tankstellen von TotalEnergies in Frankreich gelten. Angesichts der höchsten Kraftstoffpreise und des Wiederanstiegs der Ölpreise hatte Wirtschaftsminister Bruno Le Maire TotalEnergies aufgefordert, eine Geste für die Konsumenten zu machen.



PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

In einem Debattenbeitrag für die Tageszeitung **Libération** forderten Abgeordnete aus sechs Gruppe, der Nationalversammlung „humanistische und konkrete“ Maßnahmen im Rahmen der geplanten **Einwanderungsreform**. Die 35 Abgeordneten von Renaissance, Liot, Sozialisten, Kommunisten und Grünen fordern die Legalisierung von Arbeitnehmern ohne Aufenthaltsgenehmigung, die in angespannten Arbeitsmarktsektoren arbeiten. Der gemeinsame Debattenbeitrag des linken Flügels der Regierungspartei Renaissance mit linken Oppositionsparteien sorgte im Regierungsumfeld für Verwunderung.

DIE ZAHL DER WOCHE

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	2
8	2	0	6
9	2	0	1

Die Organisation Santé publique France (SPF) hat am 13. September eine **Übersterblichkeit von 400 Todesfällen während der Hitzewelle vom 11. bis 26. August bekannt gegeben**. Einige Berufe waren besonders stark betroffen, so Weinleser. Allein im Departement Marne starben in der vergangenen Woche drei Erntehelfer bei der Lese für die Champagnerherstellung.